

Anmerkungen

¹ Gemeint ist die Moskauer Außenministerkonferenz der vier Alliierten vom 10. 3.–24. 4. 1947.

² Matthias Erzberger (1875–1921, Zentrumsolitiker und Minister) wurde am 26. 8. 1921, Walther Rathenau (1867–1922, Industrieller, Schriftsteller, Außenminister) am 24. 6. 1922 durch rechtsradikale ehemalige Offiziere ermordet. – Angaben zu den erwähnten Personen siehe Anhang, Kurzbiographien.

³ Bericht in: Sächsisches Tageblatt, 28. 1. 1947.

⁴ Sitzung des Landesvorstandes Sachsen der LDP.

⁵ Bericht in: Der Morgen, 29. 1. 1947.

⁶ „Lord Beveridge bei der LDP“, in: Der Morgen, 1. 2. 1947. Vgl. auch „Englischer Besuch bei der LDP“, in: Der Morgen, 8. 2. 1947.

⁷ Külz war vom Berliner LDP-Stadtverband in die Stadtverordnetenversammlung Berlins gewählt worden.

⁸ Auf der Moskauer Außenministerkonferenz.

⁹ Der Vorschlag stammte von Schiffer, der ihn am 10. 2. 1947 gemacht hatte, siehe Kurier, 18. 2. 1947, Keesings Archiv der Gegenwart (1946/47), S. 1029 D. – Vgl. auch die Erklärung der LDP zur Moskauer Konferenz in: Der Morgen, 30. 1. 1947, dazu: Sozialdemokrat, Telegraf, Tägliche Rundschau, Der Abend, Der Morgen, 31. 1. 1947.

¹⁰ Kurier, 18. 2. 1947.

¹¹ Bericht in: Der Morgen, 22. 2. 1947.

¹² Die Gebrüder Günther, Julius und Karl Mossner hatten in der Weimarer Zeit einen Verlag in Berlin aufgebaut, den sie durch „Arisierung“ nach 1933 (weitgehend an Scherl) verloren. Nach 1945 bauten sie das Unternehmen neu auf, stellten u. a. den „Morgen“, die Parteizeitung (erste Ausgabe am 3. 8. 1945), und andere Publikationen der LDP her.

¹³ In Külz' Wohnung.

¹⁴ Helmut Külz.

¹⁵ Nach der Übernahme des Parteivorsitzes hatte Külz die Geschäftsstelle der Partei vom Kurfürstendamm in das Haus Taubenstr. 48–49 im sowjetischen Sektor verlegt, wo der Verlag und die Redaktion des „Morgen“ ihr Domizil hatten.

¹⁶ In Halle. – Vgl. Thüringische Landeszeitung, Der Morgen, 5. 3. 1947. Külz' Rede in: Der Morgen, 6. 3. 1947.

¹⁷ Külz war während seines Studiums der Sängerschaft-Verbindung „Arion“ beigetreten. Vgl. Tagebuch, 12. 5. 1947; Einleitung, S. 8 f.

¹⁸ Der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ war im Juli 1945 mit massiver Unterstützung der SMAD „auf Initiative“ der KPD als Koordinierungs- und Leitungsorgan gebildet worden, ihm gehörten die SED (bis zur Vereinigung im April 1946 KPD und SPD), LDP und CDU an.

¹⁹ Vorbereitendes Treffen der FDP der britischen Besatzungszone für die Rothenburger Konferenz.

²⁰ Arthur Lieutenant.

²¹ Bericht in: Kurier, Tägliche Rundschau, Berliner Zeitung, 7. 3.; Sächsisches Tageblatt, Neues Deutschland, 8. 3.; Thüringische Landeszeitung, Norddeutsche Zeitung, 9. 3. 1947.

²² Külz' Rede „Für die Einheit Deutschlands“ erschien in: Der Morgen, 8. 3. 1947.

²³ Die FDP der britischen Besatzungszone war – u. a. durch deren finanzielle Unterstützung – eng mit der LDP verbunden. Vgl. auch den ausführlichen Bericht über die Unterstützung seitens der LDP in: Der Morgen, 16. 4. 1947.

²⁴ Berichte über die Rothenburger Konferenz in: Tagesspiegel, Der Morgen, 20. 3.; Thüringische Landeszeitung, 21. 3.; Spiegel, 22. 3.; Tagesspiegel, 23. 3. 1947.

²⁵ Seine Erinnerungen erschienen in der Reihe „Kriegsmemoiren“ (russ.) unter dem Titel „Bitwa posle wojny“ (Die Schlacht nach dem Krieg), Moskau 1987 (238 S.).

²⁶ „Der Telegraf“, eine von den Alliierten lizenzierte, der SPD nahestehende Berliner Tageszeitung (Lizenzträger Annedore Leber, Paul Loebe, Arno Scholz). – Zu Külz' Urteil über Schumacher siehe auch Külz' Rede auf dem 2. Landesparteitag Berlin mit heftigen Ausfällen gegen den SPD-Vorsitzenden wegen dessen Standpunkt in der Frage der „nationalen Repräsentanz“ (Kurier, Der Morgen 31. 5. 1947). (Dem „Neuen Deutschland“ [3. 6. 1947] zufolge bezeichnete Külz die SBZ als „die demokratischste Zone“ Deutschlands).

²⁷ „Der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen“, in: Der Morgen, 2. 4.; „Die FDP im Wahlkampf in der Britenzone“, in: Der Morgen, 16. 4. 1947 (ausführlicher Bericht).

²⁸ Thüringische Landeszeitung, 2. 4. 1947.

²⁹ Stresemann ernannte Külz zum „Reichskommissar“ für die Presseausstellung (PRESSA) 1928 in Köln.

³⁰ „Dr. Külz bricht Wahlreise ab“, in: Kurier, 15. 4. 1947.

³¹ Gemeint ist die Krise um den Berliner Oberbürgermeister Otto Ostrowski (SPD), gegen den seine Fraktion wegen seines zu starken Entgegenkommens gegenüber der SMAD einen Mißtrauensantrag einbrachte, der schließlich zu seinem Rücktritt führte.

³² Külz' Rede „Selbstverwaltung – Dienst am Volk“ in: Thüringische Landeszeitung, 23. 4. 1947.

³³ Thüringische Landeszeitung, 27. 4. 1947.

³⁴ Sehr ausführlicher Bericht in: Sächsisches Tageblatt, 29. 4. 1947.

³⁵ Berliner Zeitung, 30. 4. 1947.

³⁶ Helmut Külz nahm an einem internationalen Treffen von Vertretern liberaler Parteien in Oxford teil, auf dem am 12. 4. 1947 die Liberale Weltunion gegründet wurde.

³⁷ Thüringische Landeszeitung, 9. 5. 1947.

³⁸ Dieses Sondierungs- und Informationsgespräch war die Folge des Scheiterns der sowjetischen Forderungen auf der Moskauer Außenministerkonferenz und des

sich abzeichnenden Bruches zwischen den ehemaligen Alliierten. Tjulpanow legte Külz die sowjetischen Vorstellungen hinsichtlich des weiteren Vorgehens in der Deutschlandfrage dar.

³⁹ Die Initiale ist auch an Hand von Tjulpanows Memoiren (Sergej Tjulpanow: Deutschland nach dem Kriege [1945–1949]. Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee. Hrsg. und mit einem Nachwort von Stefan Doernberg. Berlin [Ost] 1986) nicht aufzulösen.

⁴⁰ Gemeint dürfte die Gründungssitzung des „Welthilfsverbandes für Katastrophenhilfe“ in Genf (12. Juni 1926) sein.

⁴¹ SMA: vollständig SMAD, Sowjetische Militär-Administration Deutschlands.

⁴² Schatzkanzler Dalton erklärte am 7. 5. 1947, daß Großbritannien nicht in der Lage sei, seine Kriegsschulden in Höhe von über 3 Milliarden Pfund Sterling zu begleichen, die Gläubiger müßten sich zu Abstrichen bereitfinden (Keesings Archiv der Gegenwart [1946/47], S. 1086). Külz bezieht dies auf die amerikanischen und canadischen Kredite, die Großbritannien am 4. 5. 1946 in Höhe von 3,75 Mrd. US-\$ und 1,25 Mrd. canadischer \$ bewilligt worden waren (ebenda, S. 748). – Die Sowjetunion legte am 4. 5. 1947 eine Staatsanleihe in Höhe von 20 Milliarden Rubel auf (ebenda, S. 1085). – Die Kredite der USA für Griechenland und die Türkei wurden vom Repräsentantenhaus am 10. 5. 1947 bewilligt (ebenda, S. 1090). – Am 3. 5. 1947 trat die (neue) japanische Verfassung in Kraft.

⁴³ Külz war vom 1. 10. 1907 bis 1. 12. 1908 als Reichskommissar für den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in Deutsch-Südwestafrika tätig.

⁴⁴ Auch hier zeigt Külz eine erschreckende Realitätsferne und Unkenntnis der Ernährungslage der Bevölkerung. Die offiziellen Lebensmittelzuteilungen lagen unter dem Existenzminimum; insbesondere die städtische Bevölkerung, die sich keine zusätzlichen Lebensmittelquellen erschließen konnte, litt bitteren Hunger.

⁴⁵ Der Morgen, 20. 5.; Sächsisches Tageblatt, 29. 5. 1947.

⁴⁶ Der Morgen, 3. 6. 1947.

⁴⁷ Die Konferenz aller deutschen Ministerpräsidenten fand auf Anregung Bayerns vom 6.–9. 6. 1947 in München statt.

⁴⁸ Tagesspiegel, 8. 6. 1947.

⁴⁹ Külz' Frau.

⁵⁰ Der Morgen, 12. 6. 1947.

⁵¹ Der LDP-Parteitag fand vom 4.–7. 7. 1947 in Eisenach statt.

⁵² Zu Külz' Erklärung siehe „Eine umstrittene Erklärung“, in: Der Abend, 11. 6. 1947, vgl. auch Berliner Zeitung, 11. 6. 1947. Külz' Stellungnahme in: Thüringische Landeszeitung, 15. 6. 1947, dazu Kommentar in: Der Abend, 16. 6. 1947.

⁵³ Der Morgen, 19. 6. 1947.

⁵⁴ Norddeutsche Zeitung, 17. 6. 1947; Mitteilungsblatt der LDP vom 2. 7. 1947.

⁵⁵ „Zweierlei Liberaldemokraten“, in: Telegraf, 21. 6. 1947. – Der „Telegraf“ stand zwar der SPD nahe, war aber kein Parteiorgan.

⁵⁶ Ernst Reuter.

⁵⁷ Infolge der Weigerung der SMAD, den demokratisch gewählten Ernst Reuter als Oberbürgermeister zu akzeptieren, wurde Berlin stellvertretend von der „Regierenden Bürgermeisterin“ Louise Schroeder geleitet.

⁵⁸ Zur vorbereitenden Sitzung des Parteiausschusses (in dem jeder Landesverband mit zwei Delegierten vertreten war) siehe: *Der Morgen*, 1. 7. 1947; *Thüringische Landeszeitung*, 2. 7. 1947. – Külz' Versuch, die Partei zentralistischer zu verfassen, scheiterte letztlich am Widerstand der föderativ gesinnten Landesverbände.

⁵⁹ Außenminister George C. Marshall schlug am 5. 6. 1947 ein amerikanisches Hilfsprogramm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der europäischen Länder vor, das auf der Pariser Konferenz von der Sowjetischen Delegation abgelehnt wurde. Die sowjetisch besetzten Staaten Ost- und Südosteuropas (und die SBZ) schlossen sich, z. T. erst auf äußerst massiven Druck der UdSSR hin, dieser Ablehnung an.

⁶⁰ Am 2. 7. 1947 verließ die sowjetische Delegation unter Führung Molotows überraschend die Pariser Marshall-Plan-Konferenz.

⁶¹ Nach offiziellen Angaben fand er vom 4.–7. 7. 1947 statt. Vgl.: 2. Parteitag der LDP in Eisenach. Hrsg. von der Parteileitung. Berlin 1947. – Die Bezeichnung „Reichsparteitag“ wurde offiziell nicht benutzt, entsprach aber Külz' Ambitionen.

⁶² Vgl. „Grundsätze der Deutschen Demokratischen Partei“, in: *Der Morgen*, 15. 7. 1947. – Aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands waren nur subalterne Vertreter in Berlin anwesend, die Führer der Demokraten waren ferngeblieben.

⁶³ Hrsg. von der Parteileitung. Berlin 1947.

⁶⁴ Zum Konflikt innerhalb Berlins siehe „Die Haltung der Berliner LDP“, in: *Spandauer Volksblatt*, 10. 7.; „Die LDP und ihre Berliner Opposition“, in: *Berlin am Mittag*, 10. 7.; „Die Berliner LDP bleibt fest“, in: *Kurier*, 10. 7.; „Opposition innerhalb der Opposition“, in: *Sozialdemokrat*, 10. 7.; „Pressekonferenz beim Berliner Landesverband der LDP“, in: *Der Morgen*, 10. 7. 1947; Max Dudzus: „Die Opposition in der LDP“, in: *Tagesspiegel*, 13. 7. 1947. Die Differenzen auf dem Eisenacher Parteitag hatten den „Kurier“ (7. 7. 1947) zu der (prophetischen) Überschrift veranlaßt: „Offene Spaltung in der LDP. Berlin scheidet aus dem Zonenverband aus – Opposition gegen Dr. Külz“. – Am 14. Juli fand eine Unterredung zwischen Külz und Schwennicke statt, die aber die grundsätzlichen Gegensätze nicht überwinden konnte. Vgl. *Der Morgen*, 15. 7. 1947.

⁶⁵ In Berlin konnte die LDP nicht die Mitglieder- und Wählerzahlen verzeichnen wie in der SBZ, da sie sich hier auch mit der SPD auseinanderzusetzen hatte. In der SBZ aber erhielt sie aus den Reihen jener demokratischen Sozialisten, die nicht willens waren, sich mit der Vereinigung von KPD und SPD abzufinden, viel Zulauf. Külz' abfällige Bemerkung beruht auf dem gespannten Verhältnis zwischen Berliner Landesverband und Zonenvorstand.

⁶⁶ Moskau wird 1247 erstmals urkundlich erwähnt. – Die folgenden Angaben übernahm Külz offensichtlich aus sowjetischen Darlegungen.

⁶⁷ Madame de Staël, Gegnerin Napoléons, emigrierte 1812 nach Rußland. Sie berichtete darüber in ihrem Buch „*Dix années d'exil*“ (Paris 1821).

⁶⁸ Der SED-Ministerpräsident Rudolph Paul floh am 1. September 1947 mit seiner Frau und seiner russischen Dolmetscherin (Frau Jakunina) über Potsdam, wo er seinen Wagen zurückließ, nach Berlin und ging von dort in die amerikanische Besatzungszone. Die Flucht, die in der SBZ überhaupt erst durch eine Meldung des RIAS vom 3. September bekannt wurde, erregte außerordentliches Aufsehen, die umgebildete thüringische Regierung (Ministerpräsident Eggerath) gab erst auf Drängen Kolesnitschenkos (weil die vom RIAS verbreitete Fluchtmeldung Anlaß zu unwillkommenen Gerüchten und Unruhe unter der Bevölkerung gab) am 8. Sep-

tember eine Erklärung ab, die sich auf die bloße Mitteilung der Zusammensetzung des neuen Kabinetts beschränkte (vgl. „Thüringens Regierung zum Verschwinden Pauls“ in: Tagesspiegel, 10. 9. 1947). – Noch in seinen 1987 erschienenen Memoiren (siehe oben, Anm. 25), in der er versichert, Pauls Flucht sei „durch keinerlei politische Motive“ verursacht (S. 152), findet der damalige sowjetische Oberkommandierende in Thüringen, Kolesnitschenko, keine andere als die ihm von einem Arzt auf Befragen gegebene Interpretation, es habe sich bei Paul um eine „psychopathische Persönlichkeit“ gehandelt. Er kommentiert dies: „Schade, daß diese Schlußfolgerung [aus Pauls Verhalten] gezogen wurde, als es zu spät war“ (ebenda, S. 154).

⁶⁹ Külz vertritt hier seine eigene Auffassung, die den Vorstellungen von SMAD und SED entsprachen.

⁷⁰ Diese Behauptung trifft nicht zu (vgl. Anm. 62).

⁷¹ „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN).

⁷² Die Londoner Außenministerkonferenz fand vom 25. 11.–15. 12. 1947 statt, sie scheiterte an den Gegensätzen in der Reparations- und Deutschlandfrage.

⁷³ Thüringische Landeszeitung, 3. 10. 1947.

⁷⁴ Weserkurier, 7. 10. 1947.

⁷⁵ Derartige Kontrollen und Beschlagnahmen nicht regulär zugeteilter, auf Lebensmittelkarten erhaltener Nahrungsmittel waren in ganz Deutschland üblich, besonders während der außerordentlich schwierigen Ernährungslage des Jahres 1947. Trotz der totalen Rationierung hungerte die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung; gerade in der britischen Zone war die Versorgung äußerst kritisch, da Großbritannien keine Hilfe leisten konnte, denn das Land vermochte nicht einmal genügend Lebensmittel für die Ernährung der eigenen Bevölkerung zu produzieren. In der SBZ wurden diese Kontrollen und Beschlagnahmen von der „Volkskontrolle“ durchgeführt.

⁷⁶ Der Morgen, 14. 10. 1947.

⁷⁷ Vgl. die Berichte in: Tagesspiegel, 28. 10.; Norddeutsche Zeitung, 30. 10. 1947.

⁷⁸ Kastner galt als Vertrauensmann der Sowjets und als der SED zu willfährig. – Siehe zum Schandauer Parteitag: Der Morgen, 24. und 26. 10.; Sächsisches Tageblatt, 30. 10. 1947.

⁷⁹ Tagesspiegel, 28. 10. 1947.

⁸⁰ Norddeutsche Zeitung, 30. 10. 1947.

⁸¹ Die Todesstrafe wurde in der UdSSR Mitte 1947 abgeschafft, doch Anfang 1950 wieder eingeführt. – Im Gegensatz zu diesem öffentlichen Verfahren wurde die große Zahl von politischen Prozessen gegen die Gegner der SED und der Sowjets – die mangels eines politischen Strafrechts in der SBZ nach sowjetischen Gesetzen und von Militärgerichten abgeurteilt wurden – geheim und ohne Rechtsschutz der Angeklagten durchgeführt.

⁸² Protokoll der Frankfurter Tagung in: Zwischen Verständigungsbereitschaft und Widerstand: Die LDP in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949. Bonn 1976, S. 94–100. Vgl. „Interzonale Tagung der LDP in Frankfurt/M.“, in: Berliner Zeitung, 6. 11. 1947, siehe auch: Der Morgen, 5. 11. 1947.

⁸³ Vgl. Stenographischer Bericht des Thüringischen Landtags. Band 1. 1946/47, S. 692 ff.

⁸⁴ Külz und Lieutenant hatten eine Besprechung mit Tjulpanow in Karlshorst, aufgrund derer die Bezirksvorsitzenden der LDP in Berlin zu den sowjetischen Bezirkskommandanten beordert und über ihre politische Einstellung (u. a. ihre Haltung zum Berliner Landesvorstand, zum Marshall-Plan und zur Sowjetunion) „befragt“ wurden. Siehe: Der Abend, 31. 10. 1947. Diese Abklärung der politischen Kräfte in Berlin schien der SMAD besonders im Hinblick auf die Pläne zur „Volkskongreß“-Bewegung (siehe dazu unten) notwendig.

⁸⁵ Berliner LDP-Delegierten-Versammlung am 7. November 1947 siehe: Telegraf, 8. 11. 1947.

⁸⁶ Der Morgen, 19. 11.; Sächsisches Tageblatt, 22. 11. 1947.

⁸⁷ Gegen den Berliner Polizeipräsidenten Paul Markgraf (SED) wurden von den demokratischen Parteien heftige Angriffe gerichtet, weil die Berliner Polizei auf seine Weisungen hin die Übergriffe der sowjetischen Stellen unterstützte, die SPD brachte sogar ein Mißtrauensvotum ein. Anlaß für diesen SPD-Antrag auf Untersuchung seines Verhaltens war die Verhaftung des bei der SMAD mißliebig gewordenen Journalisten Friede durch die Sowjets (siehe: Kurier, 28. 11. 1947).

⁸⁸ „Külz bei Tjulpanow“, in: Kurier, 29. 11. 1947.

⁸⁹ „LPD-Vorstand für Teilnahme am Volkskongreß“, in: Der Morgen, 2. 12. 1947. Bei der „Volkskongreß“-Bewegung handelte es sich um einen von der SED getragenen Versuch (Aufruf der Parteileitung vom 29. November 1947), eine politische Plattform verschiedener Parteien zustande zu bringen, die mit dem Anspruch, das gesamte deutsche Volk zu vertreten, die Londoner Außenministerkonferenz (25. 11.–15. 12. 1947) durch Vorschläge im Sinne der sowjetischen Vorstellungen – d. h. Bildung einer paritätisch aus Vertretern der vier Besatzungszonen zusammengesetzten gesamtdeutschen Regierung vor Abhaltung von Wahlen (deren internationaler Kontrolle Sowjets und SED nicht zuzusichern bereit waren) – zu beeinflussen suchen sollte. Daß damit zugleich mehr beabsichtigt war, geht aus Seydewitz' Worten hervor: „Es geht hier um ein Vorparlament des künftigen Deutschlands“ (Der Sozialdemokrat, 8. 12. 1947). – Am 31. Oktober 1947 hatte das „Neue Deutschland“ noch einen heftigen Angriff gegen Külz und die LDP gerichtet, da Külz sich sträube, ohne eine Beteiligung Kurt Schumachers dem „Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ (so die volle Bezeichnung) zuzustimmen. Külz gehörte (neben Wilhelm Pieck [SED], Otto Nuschke [SBZ-CDU], Max Reimann [KPD], Erich Geske [FDGB], Elisabeth Lübs [SPD Hamburg], Edith Baumann [FDJ], Otto Körtning [Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, VdGB] und Emil Bergmann [SPD Dortmund]) der Kongreßleitung an, er wurde in den „Ständigen Kongreßausschuß“ delegiert, der zwischen den Kongressen als Exekutivkomitee fungieren sollte, und sprach das Schlußwort des Kongresses (eröffnet hatte ihn Pieck). – Siehe dazu: Protokoll des 1. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden am 6. und 7. Dezember 1947 in der Deutschen Staatsoper Berlin. Hrsg. im Auftrag des Ständigen Ausschusses des Deutschen Volkskongresses (= Schriften für Einheit und gerechten Frieden Heft 1). Berlin (Ost) 1948 (Külz' Rede ebenda, S. 31–37); Liberal-Demokratische Zeitung, 10. 12. 1947.

⁹⁰ Aus Protest gegen die Teilnahme der Partei trat der Jugendreferent Helmut Kiefer von seinem Amt zurück. Der Landesverband Berlin hatte am 2. Dezember ein Sonderrundschreiben („Eilt sehr!“) an seine Mitglieder verschickt: „Unsere Stellungnahme zum sog. Volkskongreß der S.E.D.“, das von Schwenicke und Hauptgeschäftsführer Kahlen unterzeichnet war, in dem die ablehnende Haltung des Landesvorstandes begründet wurde. Siehe auch „LDP. Informationen des Landesverbandes Berlin der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands“ Nr. 35 (6. 12.

1947): „Politik auf Befehl. Betrachtungen zum Volkskongreß. Von C. H. Schwennicke.“

⁹¹ „Demokratische Erneuerung Deutschlands“, in: Thüringische Landeszeitung, 12. 12. 1947.

⁹² „Das Maß ist übertoll. Dr. Külz hat demokratischen Gedanken und deutsche Einheit eindeutig preisgegeben“, in: L.D.P.-Kurier [Hessen], 8. 12. 1947. – Euler wies darauf hin, daß auf dem Frankfurter Treffen am 3. November vereinbart worden war, daß erst nach allgemeinen, gleichen, freien und geheimen Wahlen eine daraus hervorgegangene repräsentative „Nationalversammlung“ die deutschen Wünsche und Forderungen an die Alliierten formulieren solle. Ferner hatte man vereinbart, „keine Gemeinschaftsaktionen“ mit der SED zu unternehmen. Gegen diese Beschlüsse hatte Külz eindeutig verstoßen. Euler fügte seinen Anschuldigungen zwei weitere Punkte hinzu: „Illoyales Verhalten gegenüber dem Landesverband Berlin der LDP“ und „Dr. Külz schweigt zu den Massenverhaftungen von LDP-Mitgliedern“ (erwähnt wurden der Sachsen-Anhaltische Landtagsabgeordnete Holzer, der Landesvorsitzende Mecklenburgs Scheffler, ferner 20 führende Mitglieder des Ortsverbandes Görlitz; wobei ein beträchtlicher Teil der einsetzenden Verhaftungen – mit ihrer Hilfe wurde zwischen Herbst 1947 und Anfang 1949 die Parteiopposition zerschlagen – noch nicht bekannt geworden war). Seine Folgerung aus Külz' Verhalten: „Ausscheiden Dr. Külz' aus dem Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei gefordert“. – Siehe zu den sowjetischen Repressionen auch „Der Fall Ernst Bürgel“, in: Der Demokrat [Stuttgart] (Dezember 1947) über die Umstände der Flucht des Vorsitzenden des LDP-Kreisverbandes Dresden-Land.

⁹³ Eulers Vorwürfe waren – leider – keine „Irrtümer“. – Zu der persönlichen Verunglimpfung sei vermerkt, daß Euler einer der wenigen westlichen Delegierten war, der auf dem Treffen der Führer der Deutschen Demokratischen Partei in Frankfurt/Main am 18. Januar 1948 nicht für Külz' und Lieutenants Ausschluß stimmte. Er enthielt sich der Stimme.

⁹⁴ Neben Euler übten auch die anderen Parteivorsitzenden aus den westlichen Zonen scharfe Kritik an Külz, Theodor Heuss hat sie in seinem im Anhang beigegebenen Brief vom 19. Dezember 1947 an Külz maßvoll formuliert (siehe auch: „DFP gegen Külz“, in: Telegraf, 13. 12. 1947 mit Stellungnahmen Dehlers, Eulers und Heuss'). Middelhaue erklärte, daß eine Konferenz der Führer der Demokraten sich mit der Angelegenheit befassen müsse („Konferenz über den Fall Külz“, in: Kurier, 19. 12. 1947). – Diese Konferenz fand ohne Külz („Ohne Külz nach Frankfurt“, in: Telegraf, 18. 1. 1948) am 18. Januar 1948 in Frankfurt/Main statt, die SBZ-LDP war durch Lieutenant, Moog, Dieckmann, Bretschneider, Damerow und (den „abtrünnigen“) Schwennicke vertreten. In der Diskussion kamen die grundsätzlichen Differenzen zwischen den westlichen und den SBZ-Vertretern offen zum Ausdruck. Das Vorstandsmitglied der französischen Besatzungszone, Leuze, brachte schließlich den entscheidenden Antrag gegen Külz und die SBZ-Parteilinie ein, der zur Trennung führte. Er wurde mit 13 Ja-Stimmen gegen sechs Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen (Euler, Rademacher) angenommen, Moogs und Dieckmanns Vorstellungen konnten nichts mehr bewirken. Das Komunique vermerkt zu dem Konflikt nur:

„Der Koordinierungsausschuß der DDP hat in einer eingehenden und freimütigen Aussprache die außen- und innenpolitischen Ereignisse der letzten Monate und ihre Auswirkung auf die parteipolitische Lage behandelt.

Die einheitliche Grundauffassung über das deutsche Schicksal im europäischen Raum und über den Aufbau eines freiheitlichen Lebens wurde festgestellt, aber ebenso die unterschiedliche Beurteilung der politischen Maßnahmen in den verschiedenen Zonen.

Der Koordinierungsausschuß bestätigt seinen Beschluß vom 3. November, der als deutsche Vertretung gegenüber der Welt ein aus allgemeiner ungehinderter Volkswahl hervorgegangenes Parlament fordert.

Von den Vertretern der Westzonen wurde bei aller Beachtung ihrer besonderen Situation den Sprechern der Ostzone nahegelegt, nach der personellen und sachlichen Seite daraus die Folgerungen zu ziehen.“

(Zitiert nach: Zwischen Verständigungsbereitschaft und Widerstand [wie Anm. 82], S. 110).

⁹⁵ Die Londoner Außenminister-Konferenz (25. 11.–15. 12. 1947) scheiterte an der Unvereinbarkeit der Deutschlandpläne der ehemaligen Alliierten, sie bedeutet das Ende ihrer Zusammenarbeit.

⁹⁶ Als Folge des Scheiterns der Londoner Konferenz wurde mit dem amerikanisch-britischen Abkommen vom 17. Dezember die Koordination der „Bizone“ verstärkt, am 7./8. Januar 1948 erfolgte die Neuordnung der Verwaltung, und am 9. Februar wurde die „Charta des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ erlassen, die der Bizone eine autonome deutsche Verwaltung brachte.

⁹⁷ „Siehe dazu „Külz, der unentwegte Opportunist“, in: Hamburger Echo, 3. 1. 1948.

⁹⁸ Laut „Beilage zu den LDP-Informationen“ (1948), Nr. 2, fand die Tagung vom 5.–7. 1. 1948 statt – also noch vor dem Frankfurter Treffen. Der Versuch der SBZ-Parteileitung, den Berliner Landesvorstand sich durch Majorisierung unterzuordnen und eine geschlossene Haltung zu erarbeiten (was für Frankfurt wichtig erschien), scheiterte allerdings. Als Folge der Praktiken des Parteivorstandes gegen den Berliner Landesverband kam es dann zu der erwähnten Delegiertenversammlung des Berliner Landesverbandes und ihrem Beschluß.

⁹⁹ Dies kennzeichnet die Bedeutung, die die SMAD der Sitzung beimaß.

¹⁰⁰ Külz erstattete (unter Tagesordnungspunkt 3) einen „Politischen Bericht“, zu Punkt 4 („Bericht über den Landesverband Berlin/Parteileitung“) sprach zuerst Lieutenant, ihm antwortete Schwennicke (Beilage zu: LDP-Informationen [1948] Nr. 2).

¹⁰¹ Diese Opposition der Parteijugend hatte zur Folge, daß die SMAD das für den folgenden Parteitag geplante Jugendtreffen verbot.

¹⁰² Nach Schwennickes Bericht versuchte Oberstleutnant Nasarow, ihn in Weimar massiv unter Druck zu setzen; er habe ihn gefragt, „... warum er eine Hetze gegen die Sowjets betreibe, obwohl er wissen müsse, daß in Kürze in Berlin nur eine Besatzungsmacht vorhanden sein werde“ („Die übliche Einschüchterung“, in: Telegraf, 9. 1. 1947. Ähnlich: Kurier, 8. 1. 1947). Dies könnte bedeuten, daß bereits zu dieser Zeit sowjetischerseits ernstlich Schritte erwogen wurden, wie man sie dann mit der Blockade Berlins unternahm.

¹⁰³ Die Landesverbands-Tagung fand am 12. 1. 1947 statt, sie beantragte die Niederlegung des Berliner Stadtverordnetenmandats von Külz (Kurier, 13. 1. 1948).

¹⁰⁴ Külz legte sein Mandat mit Schreiben vom 15. Januar nieder (Der Morgen, 16. 1. 1948), Schwennicke bestätigte den Empfang des Briefes am 27. 1. 1948 (Text in: Zwischen Verständigungsbereitschaft und Widerstand [wie Anm. 82], S. 120 f.). Am 19. Januar erließ der „Zentralvorstand“ der Partei einen „Aufruf zum Zusammenschluß gegen Parteizersplitterung“ „an die Liberal-Demokraten Berlins“, der sich gegen den Berliner Landesverband richtete und zum Abfall von ihm aufforderte. Darin wurde die Gründung einer „Landesgruppe Groß-Berlin“ bekannt gegeben. Der Aufruf schloß mit den Worten: „Die Zonenleitung der Partei hat, wie

uns mitgeteilt wird, die Betreuung der neuen Landesgruppe direkt übernommen“ (Der Morgen, 20. 1. 1947). Auch die einzelnen Ortsverbände suchte die Parteileitung (z. T. mit sowjetischer Unterstützung) vom Landesverband abzuziehen.

¹⁰⁵ Sokolovskij machte keinesfalls, wie Külz angibt, verbindliche Zusagen, sondern sprach von Möglichkeiten (vgl. den Text des Interviews in: Der Morgen, 11. 1. 1948). Das Gespräch diente wohl vor allem dazu, die durch die Berliner Entwicklung angeschlagene Autorität des Parteivorsitzenden im Hinblick auf die bevorstehende Sitzung des Zentralvorstandes der Partei in Halle (10. 2. 1948, siehe Tagebuch, 16. 2. 1948) zu stärken.

¹⁰⁶ russ., hier: Imbiß.

¹⁰⁷ Der Beschluß vom 10. Februar wurde Schwennicke mit Schreiben der Parteileitung vom 12. 2. 1948 zugeleitet. Er formalisierte die Trennung.

¹⁰⁸ Moog hatte in Frankfurt gegen den Antrag Leuzes gesprochen, Dieckmann hatte ihn darin unterstützt (siehe oben, Anm. 94).

¹⁰⁹ Der Morgen, 11. 2. 1948. – Külz hatte Schwennicke vertraulich gewarnt, an dieser Sitzung des Zentralvorstandes (Halle, 10. 2. 1948) teilzunehmen, da er keine Garantie für freies Geleit übernehmen könne (d. h. mit einer Verhaftung Schwennickes durch die Sowjets rechnet).

¹¹⁰ Diese Ausführungen deuten darauf hin, daß es sich um Äußerungen der Opposition der Parteijugend gegen Külz handelte.

¹¹¹ Külz' Grußwort in: Wilhelm Külz: Aus Reden und Aufsätzen. Berlin (Ost) 1984, S. 148–151. Auszug seiner Rede: ebenda, S. 152–153.

¹¹² Oberstleutnant Nasarow.

¹¹³ Der „Zweite Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ tagte in Berlin vom 17. – 18. 3. 1948.

¹¹⁴ Külz' Rede in: Protokoll des 2. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden am 17./18. März 1948 in Berlin. Berlin (Ost) 1948.

¹¹⁵ Rückblickend darf man davon ausgehen, daß es sich hier um die besondere Form kommunistischer „Spontaneität“ handelte.

¹¹⁶ Der Abbau der erzgebirgischen Uranerzvorkommen erfolgte durch die Wismut AG, eine jener „Sowjetischen Aktiengesellschaften“ (SAG), die von der UdSSR nach Kriegsende teils zur Ausbeutung von Bodenschätzen, teils zur Übernahme wichtiger Produktionsunternehmen in den besetzten Ländern errichtet worden waren. Das geförderte Uranerz wurde (wie auch das aus dem tschechischen Vorkommen Joachimstal) ausschließlich für sowjetische Zwecke verwendet.

¹¹⁷ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung mit Külz' Resümee in: Wilhelm Külz: Aus Reden und Aufsätzen. Berlin (Ost) 1984, S. 159–161.

¹¹⁸ Kunze, Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg, war seit 1946 Finanzminister dieses Landes.